

Rote Fahne

Wochenblatt der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands
Wirtschaftsbezirk Frankfurt a. M.

Nr. 14

Einzelnummer 40 Pfennig
Erscheint wöchentlich Samstag

Frankfurt a. M., 24. Juli 1920

Inserate 4 gespaltene Beitzettel
1,20 Mfr. Bei Wiederholungen
Rabatt

1920

Entweder - oder!

Nur die Arbeit kann Deutschland retten. In allen Straßenecken lesen wir es seit anderthalb Jahren, in allen Versammlungen, die der „Ordnung“ dienen, hören wir es bis zum Überdruß. Und anderthalb Jahre lang hat diese Phrase ihre Publikum gefunden. In den Werkstätten wurde geschuftet, im Bergbau wurden Aberschichten verfahren, die Produktion „hob sich“, aber die „Rettung Deutschlands“ ist ein Nebelbild, das in immer undeutlicheren Umrissen entschwindet. So, wie die Phrase gedacht war, hat sie sich erfüllt. Denn nicht Deutschland, nicht das Staatswesen hatte man im Auge, sondern die Interessen der deutschen Kapitalisten. Und diese sind, obwohl sie zu retten gar nicht nötig war, in der „sozialistischen Republik“, in der „Republik des sozialen Ausgleichs und der sozialen Veröhnung“, wie sich der mit der Zange geborene Reichskanzler Fehrenbach in seiner sogenannten Programmrede auszudrücken beliebte, mächtig gefördert worden. Nie waren die Dividenden der Aktiengesellschaft so große, nie die Profite der Stinnes, Kirdorf, Thyssen usw. so geschwollene wie unter der Ebertinischen Republik. Aber das Deutschland der Arbeit, d. h. die Arbeiter, befand sich nie in einer so jämmerlichen Lage wie gerade jetzt.

Und das deutsche Staatswesen in seiner jetzigen Gestalt? Es ist rettungslos verloren. So widerspruchsvoll es auch klingen mag, daß die deutschen Kapitalisten und das deutsche Unternehmertum sich nie so wohl befunden haben wie seit der Übernahme der Staatsgewalt durch die Scheidemänner (wer die Politik der Scheidemänner etwas näher kennt, wundert sich darüber nicht), und daß andererseits die Finanzlage Deutschlands eine hoffnungslose ist, so richtig ist es.

Wie steht es um die Finanzen Deutschlands? Schon am Ende des Krieges waren sie sehr schlecht, aber die vollständige Auswirkung des kriegerischen Verbrochens und der erbärmlichen Steuervirtschaft ist erst nachträglich in die Erscheinung getreten. Die Höhe der fundierten Schuld (d. h. die Anleihschulden) hat sich mit etwa 92 Milliarden nur wenig verändert, aber umso gewaltiger ist die schwebende Schuld an kurzfristigen Verbindlichkeiten gestiegen, nämlich von etwa 70 Milliarden auf 120 Milliarden. Und wie der Reichsfinanzminister Dr. Wirth kürzlich im Reichstag verkündete, schwimmt diese Schuldenlast lawinenartig weiter, so daß bis zum Ende 40 Milliarden neue Schulden zu erwarten sind. Rechnet man hinzu, was das Reich den Einzelländern und den Gemeinden für ausgelegte Kriegsaufwendungen, wie Unterstützung der Kriegerfrauen, Mietsbeihilfen usw. schuldet, eine Schuld, die längst hätte abgetragen werden sollen, aber schon während des Krieges auf die lange Bank geschoben worden ist und heute angesichts

der Finanzlage des Reiches erst recht nicht beglichen werden kann, und ferner was jetzt die Übernahme der Eisenbahnen durch das Reich erfordert, so schwimmt die Schuldenlast Deutschlands auf 265 Milliarden an. In dieser gewaltigen Summe sind nicht inbegriffen die Schulden der Länder und der Gemeinden, die sich ebenfalls auf viele Milliarden belaufen. Einen richtigen Begriff von der ungeheuerlichen Verschuldung gewinnt man erst, wenn man in Betracht zieht, daß die Gesamtschuld des Deutschen Reiches vor dem Kriege 5 (fünf) Milliarden betrug, und damals schon bildete diese Summe ein ständiges Räummernis des Finanzministers. Heute steigt sich die Schuldenlast Deutschlands allmonatlich um diese Summe, ja es scheint, daß unter dem neuen Finanzminister Dr. Wirth die Verschuldung noch rascher vor sich geht als unter seinen Vorgängern Dernburg, Schiffer und Erzberger. Verhältnismäßig noch schneller vollzieht sich das Anwachsen der Papiergeldflut, die ja ebenfalls ein deutliches Merkmal unseres Finanzelends ist. In seiner großen Finanzrede im August vorigen Jahres, die in ihren sehr interessanten Einzelheiten von der gesamten bürgerlichen Presse aus durchsichtigen Gründen unterdrückt worden ist, bezifferte Erzberger den Notenumlauf (an Reichsbanknoten und Darlehenskassenscheinen) Deutschlands am Ende Juli 1919 auf ungefähr 41 Milliarden, bis Ende des Jahres 1919 war die Papiergeldflut auf etwa 48 Milliarden gestiegen, und heute, d. h. Ende Juni 1920 stellt sie sich auf rund 67½ Milliarden. In dieser Beziehung ist Deutschland wahrlich in der Welt voran, und wenn die Arbeit der Notenpresse uns retten könnte, wären die Dernburg, Erzberger und Wirth wackere Leute, während in Wirklichkeit aber ihre Kunst, die die Kunst eines jeden Vertreters bürgerlich-kapitalistischer Finanzwirtschaft sein muß, den Bankerott nicht nur beschleunigt, sondern ihn auch zu einem gründlichen macht.

Nicht minder interessant sind die Zahlen über die Etats, die die verschiedenen Finanzminister des Reiches vorgelegt haben. Dernburg rechnete anfangs vorigen Jahres noch mit einem Reichsetat von etwa 15 Milliarden. Sein Nachfolger Schiffer kam schon auf 17—19 Milliarden, wohingegen Erzberger, welcher Schiffer abgelöst hatte, einen Etat von 25 Milliarden vorgelegt hatte, wobei er vorsichtshalber beifügte, daß diese Ziffern eine Steigerung erfahren mögen, weil seine Kollegen ihm noch keine genauen Unterlagen über die Bedürfnisse ihrer Ressorts gemacht hätten. Hatten die Posten, die Erzberger im August vorigen Jahres in der Nationalversammlung vortrug, nach dem Bericht der Frankfurter Zeitung „allgemeine Bewegung“ hervorgerufen, so konnte man dies von der bürgerlichen Statrede des Reichsfinanzministers Dr. Wirth nicht sagen, obwohl Erzbergers Aufstellung ein Kinderpiel gewesen ist gegenüber dem, was

Dr. Wirth sagte. Nach seinen Darlegungen am 1. Juli im Reichstag ist mit 55 Milliarden Jahresausgabe für das Reich zu rechnen.

55 Milliarden pro Jahr, das bedeutet etwa das 15fache an Ausgaben gegenüber dem Etat vor dem Kriege, ganz abgesehen von den gewaltigen Summen, die an die Entente alljährlich gezahlt werden sollen und die etwa eben so groß sind, wie die Ausgaben für das Reich, und abgesehen ferner von den Ausgaben der Länder und Gemeinden, die ja nur zum Teil vom Reich übernommen worden sind.

Und diese ungeheuren Lasten werden in der Hauptsache von der Arbeiterklasse getragen. Nicht nur weil die „Steuerreform“, durch die den Kriegsgewinnlern und den Nutznießern an dem Massenmord ein Teil ihrer Beute abgenommen werden sollte, bis heute noch nur auf dem Papier steht und die neuen Steuergesetze höchstens gegen die Arbeiterklasse zur Anwendung gebracht werden, wie der Steuerabzug vom Lohne zeigt, sondern es darf auch bei der Verteilung von Steuerfragen überhaupt nie aus dem Auge verloren werden, daß die Steuern in einem kapitalistischen Wirtschaftswesen fast immer letzten Endes auf die Arbeiter abgewälzt werden. In welche Lage die deutsche Arbeiterklasse dadurch geraten ist und wie sie immer tiefer ins Elend gerät, braucht hier nicht des Längeren auseinandergesetzt zu werden.

Aber die Frage entsteht: was ist zu tun? Unter zwei Dingen hat die Arbeiterklasse die Wahl. Entweder sie läßt sich all diese Lasten aufpacken, nimmt die doppelte Schuldknechtschaft gegenüber dem deutschen Kapitalismus und dem Entente-Kapitalismus ruhig auf sich und verelendet und degeneriert völlig oder aber sie muß, wenn sie solchem Schicksal entgehen will, sich zu dem entscheidenden Schlage aufraffen und das kapitalistische Joch abwerfen, indem es sich selbst zum Herrn seiner Geschichte macht. Möge diese Entscheidungsstunde kein schwächliches, von hundert Bedenken geplagtes Geschlecht finden!

Spa.

Die Würdigung, die das Ergebnis von Spa in der deutschen Presse findet, zeigt aufs neue, welche politische Harlekins in Deutschland „öffentliche Meinung“ machen und wie wenig entwickelt auch heute noch die politischen Einsichten sind. Spa ist die logische Fortsetzung von Versailles und die Spaer Abmachungen sind nur die Schlüsselpunkte des Versailler Vertrags. Gegen diesen machten zwar alle Parteien eine Faust in der Tasche, aber sie sagten schließlich ja. Gelegentlich entrüsteten sie sich wohl über den „Diktatfrieden“, aber sie taten nichts, um diesen „Diktatfrieden“ ungeschehen zu machen. Im Gegenteil! Die Politik Deutschlands während des letzten Jahres war ganz dazu angetan, die Verfasser des Friedensvertrags in ihrer Haltung zu stärken und sie zu dem zu ermutigen, was in Spa geschehen ist.

Die splendid isolation, die Vereinsamung Deutschlands ist nach Versailles nicht geringer geworden, sondern nur noch stärker in die Erscheinung getreten. Man schnappte nach dem Röter Mittischer und Giolittischer Phrasen, nach den Auslassungen des Herrn Gardiner der „Daily News“ und anderen wohlmeinenden, aber keineswegs ausschlaggebenden englischen Publizisten, bis man an dem Spaer Angelhaken zappelte. Man tat dies, weil bei den nationalistischen und vaterländischen Phrasen die kapitalistischen Interessen die Volksinteressen stets ersticken, d. h. weil man den einzigen Freund nicht suchte und nicht wollte: Rußland. Während sich dieses, gestützt auf eine kommunistische und revolutionäre Politik, von den Fesseln der Entente befreit hat, geriet Deutschland, dank seiner antisozialistischen und gegenrevolutionären Politik, immer fester in die Schul-

knechtschaft der Entente. Das Ergebnis von Spa ist der augenfälligste und beste Beweis hierfür.

Die Kommunisten sind gegen Spa, wie sie damals als die Einzigen konsequent gegen Versailles waren. Allerdings aus andern Gründen als den beispielsweise vom Reichswehrminister Gessler vorgetragenen, der Lloyd George und Millerand händeringend bat, ihm doch ja 200 000 Mann Reichswehr und außerdem die Sicherheitspolizei zu belassen, um die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten, d. h. die Bewaffneten gegen die Arbeiter aufbieten zu können. Beiläufig bemerkt, war diese Argumentation der deutschen Vertreter ein Grund mehr, daß Lloyd George und Millerand, die ihre politische Schulung weder im deutschen Reichstag erlangt noch sie aus den „großen deutschen Organen“ geschöpft haben, erst recht auf ihrem Schein beharrten. Arme Schächer, sagten sich Lloyd George und Millerand, was wollt ihr, Gessler und Fehrenbach, was bedeutet eure „Regierung“, die gegen die übergroße Volksmehrheit mit Süßkorn den Kampf aufnehmen will? Ob 100 000 oder 200 000 Moskiden, ob mit oder ohne Sicherheitspolizei, weder Gessler und Fehrenbach, noch ihre Nachfahren werden die Revolution aufhalten können. Und mit der Revolution wird Spa, werden die dort getroffenen Abmachungen und wird Versailles zu den gewesenen Dingen gehören. Nicht eher und nicht anders.

Der tote Punkt überwunden.

In der „Pravda“ vom 17. Juni schreibt Genosse Sokolnikow:

Trotz aller Schwierigkeiten und ohne Rücksicht auf alle Widerstände schreitet die Lösung der Aufgabe des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, als der Grundaufgabe unserer Revolution, unaufhaltsam vorwärts. Der Krieg auf der Westfront hemmt zwar diesen Prozeß, hält ihn aber nicht auf, und wenn die europäischen Finanz- und Industriekönige den Ueberfall der „Biljubski-Burschen“ segnete in der Hoffnung, in dieser neuen Form eine radikale Sabotage der Wirtschaftsarbeit, der sich Sowjetrußland nunmehr gewidmet hat, durchzusetzen, so haben sie sich in ihren Berechnungen geirrt. Diese Sabotage hat ihr Ziel nicht erreicht. Wir dürfen die Behauptung aufstellen, daß wir den toten Punkt nunmehr hinter uns haben. Um sich davon zu überzeugen, genügen einige frische Tatsachen und Zahlen.

Ernährung. Das Ernährungskommissariat verfügt bis zur neuen Ernte über Vorräte, die zirka 60 Millionen Pud (1 Pud = 16,38 kg) erreichen. Vor einem Jahr standen ihm zur Verfügung zirka 11 Millionen Pud. Insgesamt (laut Bericht des Gen. Swiderski) weisen die Vorräte des Verpflegungskommissariats im Vergleich gegen die vorjährige Periode eine Erhöhung von 100 Prozent auf. Flüssige Brennstoffe. Im vorigen Jahre verfügte Sowjetrußland absolut über keine Zufuhr an flüssigen Brennstoffen (Naphtha, Mazut, Petroleum, Benzin.) In diesem Jahre, nach der Befreiung von Baku und Grosny, beginnt die Zufuhr flüssigen Brennstoffes — dieses kostbarsten schwarzen Blutes der Industrie — wieder in die Wege geleitet zu werden. In den letzten Wochen werden täglich aus Baku 800 000 Pud Naphtha u. dgl. nach Astrachan verfrachtet. Die Zahl der Naphthaladungen, die aus Astrachan nach dem Norden geleitet wurden, wird auf mehrere Millionen Pud geschätzt und erhöht sich ununterbrochen. Die Ausfuhr von Benzin und Naphtha aus Grosny erreichte in der letzten Zeit 200 Zisternen täglich, d. h. zirka 100 000 bis 125 000 Pud. Endlich werden Naphthaprodukte, wenn auch in geringeren Mengen, auch aus Cuba ausgeführt. Roh gerechnet, fließen dem Industrieorganismus der Sowjetrepublik insgesamt täglich zirka eine Million Pud flüssigen Brennstoffes zu. Es muß be-

achtet werden, daß dieser Zufluß noch nicht in die Kanäle geleitet worden ist und vorläufig hauptsächlich in die Verteilungsbehälter und -Zentren geleitet wird.

Kohle. Bezüglich der Steinkohle hat sich die Lage gegen das vorige Jahr gebessert, denn der Zutritt zu den Hauptgewinnungsstellen der Kohle, dem Donerzbecken ist frei. Den letzten Berichten entnehmen wir folgende Gesamtzahlen über die Kohlenförderung im „Donbeck“ im März, April und Mai wurden 56 Millionen Pud gefördert.

Verladen und ausgeführt wurden während dieser drei Monate 36 Millionen Pud, wobei die mittlere Frachtmenge im Mai 422 Waggons täglich betragen hat. Der Monat Mai ergab im Vergleich gegen April eine Erhöhung der Ladungsmenge und der Kohlenausfuhr um 40 Prozent.

Baumwolle. Die Verbindung mit Turkestan, dem Hauptlieferanten der Baumwolle, beginnt wieder hergestellt zu werden. Im Moskauer und im zentralen Textilrajon wird binnen kurzem der Zufluß frischen Rohstoffes fühlbar werden. Nach Angaben des Gen. Lario, betrug im Monat Mai der Tageseinlauf der Baumwolle nach Samara fünf Waggons. In der ersten Juniwoche stieg der mittlere Tageseinlauf der Baumwolle nach Samara auf zehn Waggons und die Verfrachtung an der Aufgabestelle sogar auf 30 Waggons. Wenn wir der Vorsicht halber eine etwas niedrigere Tagesziffer der Verfrachtung annehmen (25 Waggons im Durchschnitt), so werden wir zu dem Schluß gelangen, daß die Verladung der Baumwolle an Ort und Stelle im Juni 250 000 Pud erreichen kann. Die Baumwollvorräte in Turkestan betragen 6 Millionen Pud.

Wir bringen alle diese Daten, nicht um „den Optimismus zu züchten“, sondern um das Anwachsen der materiellen Voraussetzungen der kommunistischen Wirtschaftsorganisation festzustellen, welches im gegenwärtigen Stadium sich äußert und hauptsächlich in der Wiederherstellung der Rohstoffgewinnung und deren Verteilung unter den industriellen Konsumenten zum Ausdruck kommen muß.

Wir haben einen kleinen Schritt über den toten Punkt gemacht; uns steht ein langer Weg bevor. Dessenungeachtet ist die Bedeutung der Tatsache groß, daß wir uns auf diesem Wege bewegen, daß wir in der Praxis die Aufgabe des proletarischen Wirtschaftsaufbaues in Rußland zu lösen beginnen. Und jeder Schritt wird uns, selbstredend, daran erinnern, daß der Prozeß der wirtschaftlichen Erneuerung als ein sich auf Rußland allein beschränkender Prozeß undenkbar ist. Nur die Verbindung und das Bündnis wirtschaftlicher Bautätigkeit mit der wirtschaftlichen Aufbauarbeit der technisch fortgeschrittenen Länder, insofern die proletarische Revolution sie vor dem kapitalistischen Verfaulen bewahren wird, wird auch die ökonomische Auferstehung in erster Linie der Völker Europas sichern. Der Weltkrieg war ein Versuch der Bourgeoisie, die nationalen Grenzen niederzureißen, die die Entwicklung der Produktivkräfte ersticken. Die Bourgeoisie bewältigt diese Aufgabe nicht. Diese Aufgabe wird auf seine Art das revolutionäre Proletariat zur Wirklichkeit machen.

Der Parteitag der K. A. P. D.

Wenn immer ein Parteitag der alten Sozialdemokratie zusammentrat oder getagt hatte, pflegte die sozialdemokratische Presse von dem „Markstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung“ zu schreiben. Wir unterlassen solche Phrasen in Bezug auf den Parteitag der KAPD. Und zwar deshalb, weil Parteitage, Konferenzen usw. nicht die große Bedeutung haben, die man ihnen anzudichten pflegt. In revolutionären Zeiten erst recht nicht. Jetzt kommt es nicht auf Beschlüsse, nicht auf Programme und Formeln an, sondern auf die revolutionäre Tat. Was sind überhaupt Beschlüsse und Programme! Zunächst gilt es den

Kapitalismus zu unterminieren, ihn zu stürzen, und hierzu helfen Programme und Beschlüsse nicht. Und wenn das Wort richtig ist „Revolutionen haben ihre eigenen Gesetze“, so wird sich auch die deutsche Revolution nicht durch Beschlüsse binden lassen. Das Proletariat, das am Tage der Revolution die Diktatur übernimmt und ausübt, wird die Gesetze machen, die ihm zur Sicherung und zur Vollendung der Revolution notwendig dünken. Der Zukunft vorschreiben wollen, wie und nach welchen Linien sie sich gestalten darf, ist töricht und ein müßiges Beginnen. Was wir von unseren Genossen einzig und allein verlangen dürfen und verlangen müssen, ist das Bekenntnis zum schärfsten Klassenkampf, zum Kommunismus und zur Diktatur des Proletariats. Das ist die einzige Formel, auf der die Einigung des revolutionären Proletariats sich vollziehen und mit der der Sieg der Revolution verbürgt wird.

Anträge zum Parteitag.

Die Ortsgruppe Mainz beantragt:

1. Die Anträge der Ortsgruppe Frankfurt betr.
 1. Parteistatut
 2. Finanzierung der Reichsleitung
 3. Wahl der Reichsleitung durch den Parteitag und Antrag betr. Geschäftsordnung des Parteitages (veröffentlicht in Nr. 12 der Roten Fahne) anzunehmen.
2. Ein Einheitsstatut für das ganze Reich abzulehnen und den Wirtschaftsbezirken den organisatorischen Aufbau selbst zu überlassen. (Einstimmig angenommen.)
3. Den Namen „Kommunistische Arbeiterpartei“ zu ändern und für das Wort „Partei“ einen anderen Namen zu setzen, da wir keine Partei im eigentlichen Sinne des Wortes sind. (Einstimmig angenommen.)
4. Zu Punkt Nation und Klassenkampf. Der Parteitag möge Stellung zu der Lage in den besetzten (besonders in den linksrheinischen) Gebieten nehmen. Die Ortsgruppe Mainz steht auf dem Standpunkt, daß in der Phase der revolutionären Entwicklung in Deutschland Klassenkämpfe keine Grenzen haben können, ganz gleich, ob besetztes oder unbesetztes Gebiet. Wir fordern von dem Parteitag tatkräftige geistige Unterstützung der einzelnen Ortsgruppen in den besetzten Gebieten, um den gleichmäßigen Gang der geistigen Revolutionierung des Proletariats besonders da, wo die opportunistischen und reformistischen Tendenzen festen Fuß gefaßt haben, zu beschleunigen. (Einstimmig angenommen.)

Zur Resolution des Reichsausschusses vom 29. und 30. 5. 1920 betr. die Genossen Wolffheim und Lausenberg enthält sich die Ortsgruppe einer Stellungnahme.

Die Resolution Ostfachsens erübrigt sich für uns, da wir von Anfang an diesen Standpunkt vertraten. —

Noske und das Instrument des Kaisertums.

Einer Regierung der Versöhnung und des Ausgleichs, „die wie die alte nicht gegen die Arbeiter, sondern für sie und mit ihnen arbeiten wollte,“ war es vorbehalten, „Fachleute für den Wiederaufbau“ heranzuziehen. Sie arbeitete mit den Arbeitern und holte sich den „Arbeiter“ Noske zu dem Oberpräsidentensitze von Hannover. Die Bourgeoisie hat Noske nicht vergessen und Noske vergißt nicht die Reichswehr, die er gezüchtet, die ihn aus fetter Pfunde verdrängt. Nachschraubend hat er das frühere Freikorpsbataillon Brandenburg entwaффnet — es beginnt das Werden um die Gunst der „sozialdemokratischen“ Funktionäre, die ihm, den von einer ganzen Kulturwelt Geächteten, preis-

gegeben. Noske war der deutsche Cavaignac, der mit dem Belagerungszustand als Hebamme der Konstituante fungierte, der alle Instrumente der kapitalistischen Klassenherrschaft fürsorglich beschützte und als sich diese Instrumente gegen ihn selbst richteten — in der Versenkung verschwand. Und heute ist der Oberstleutnantmeister des revolutionären Proletariats wieder im Dienst, es fehlen jetzt noch die Schlächtergesellen Winnig, Hörning, Severing, alle Oberpräsidenten und der Frankfurter Polizeipräsident Ehrler und von diesen soll nächstens einmal ausführlich gesprochen werden.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Tragikomödie von Spa sieht als mitwirkende Personen auch „Arbeitervertreter“, die in trauester Harmonie mit den internationalen Ausbeuterausschüssen den Dolchstoß in den Rücken der Arbeiterschaft führen. Es sind zwei Denkschriften der Reichsregierung vorgelegt worden und finden wir in einem dieser Dokumente folgende bemerkenswerte Worte: „Auch durch das Gewaltmittel eines Staatsbankerotts kann das deutsche Staatswesen nicht mehr gerettet werden.“ Und gerade, weil nichts mehr zu retten ist, führt das Kapital einen Totentanz auf. Die Schutzheiligen der Bank und der Börse erticken in der Papierflut, die Assignatenwirtschaft der großen französischen Revolution ist übertröffen und zuletzt landet die Volkswirtschaft in der Porzellanmanufaktur Meissen. Porzellan soll als Tauschmittel fungieren, Porzellan, das keinerlei Wert besitzt, als seine Herstellung. Porzellan wie leicht bricht das — soll dies vielleicht eine Analogie der Brüchigkeit des Kapitalismus darstellen? Unterdessen fluchen Millionen; denen das Existenzminimum genommen ist. Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg, hat das wöchentliche Existenzminimum für den Monat Juni in Berlin ausgerechnet, das auch auf die Leverageverhältnisse in Frankfurt a. M. paßt:

	Mann Mk.	Ehepaar Mk.	Ehepaar mit 2 Kindern Mk.
Ernährung	50	81	121
Wohnung	9	6	9
Heizung, Beleuchtung	22	22	22
Bekleidung	36	60	84
Sonstiges	29	48	59
	146	215	295

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinstehenden Mann 24 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 36 Mk., für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 6—10 Jahren 49 Mk. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 7600 Mk., für das kinderlose Ehepaar 11200 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 15400 Mk.

Internationale Rundschau.

England. Am 19. v. M. wurde in London die Kommunistische Partei (Britische Abteilung der 3. Internationale) unter dem Namen Communist Party (British Section of the Third International) gegründet. Die neue Partei steht auf dem Boden der KPD.

Ungarn. Am 7. Juli ds. Js. begann in Budapest der Prozeß gegen die bolschewistischen Volkskommissare und soll damit die Schädelpyramide ermordeter Kommunisten geschlossen werden. — Unter dem Druck des internationalen Gewerkschaftsbonds ist die Horthy-Regierung zurückgetreten und hat Graf Bethlen die Bildung der neuen Bourgeoisregierung übernommen, die beweisen wird, daß trotz neuer Männer nach den alten Methoden weiter regiert wird, heute werden sogar die Verteidiger der Volkskommissare ermordet.

Bulgarien. Ein Kongreß der soz. Partei beschloß den Anschluß an die 3. Internationale und lehnt jede Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen ab.

Tschecho-Slowakei. Ein nachahmungswertes Beispiel von Solidarität zeigte sich in Klado bei Prag und in Olmütz (Niederösterreich), als der Genosse Muna von reaktionären tschechischen Legionären mißhandelt wurde, traten die Bergarbeiter in den Generalfreik.

Polen. Das politische Abenteuer, der Feldzug gegen die Sowjetrepublik, ist jämmerlich zusammengebrochen. Das letzte Glied in den kapitalistisch-imperialistischen Vernichtungsinstrumenten gegen Rußland führte keine eigene Katastrophe herbei, Polen kommt als Rettenhund Englands nicht mehr in Frage. Und schon sind die kapitalistischen Räuber mit diplomatischen Ränken auf dem Wege — die Alliierten richten ein Waffenstillstandsangebot an die Sowjetregierung — um Zeit zu gewinnen. Trozkys Worte: „Wehe denen, die eine Sache nicht zu Ende führen“ sind diesmal ein Fanal, und

Polens Sturz bedeutet eine Aenderung der Verhältnisse auf dem Balkan, in Ungarn und in — Deutschland.

Aus dem Wirtschaftsbezirk.

Frankfurt. (Gasarbeiterstreik.) Die Arbeiter der Frankfurter Gasanstalten traten am vorigen Freitag, nachdem jedwede Bemühung in bezug auf Abbau der Lebensmittelpreise gescheitert war, nach einem fast einstimmigen Beschluß einer gemeinschaftlichen Versammlung der drei Frankfurter Gasanstalten in den Streik. Gefordert wurde eine Erhöhung des Stundenlohnes um durchschnittlich etwa 30 Prozent. Die Notstandsarbeiten wurden von den Streikenden selbst verrichtet. In einer am Mittwoch stattgefundenen Versammlung der Streikenden wurde der Streik mit einer 2/3-Mehrheit abgebrochen. Die Arbeit wurde Donnerstag früh wieder aufgenommen. Es ist zugesichert, daß Maßregelungen und Lohnverkürzungen nicht stattfinden werden. Ueber die gestellten Ansprüche, namentlich über Zuschüsse zur Beschaffung von Bedarfsartikeln, soll in Verhandlungen eingetreten werden. — Wir werden in nächster Nummer noch näher darauf zu sprechen kommen.

Frankfurt. (Was dürfen Schuhreparaturen jetzt kosten?) Laut Rechnung vom 3. Juli hat ein Schuhmacher für ein Pfund Kernleder 51 Mk. bezahlt, das würde für 220 Gramm Leder zu einem Paar Herrenstiefel 22.44 Mk. ausmachen. Dazu kommen 2 1/2 Stunde Arbeitslohn je 6 Mk. sind 15 Mk., und für kleine Zutaten 1.50 Mk., zusammen also 38.94 Mk. Rechnet man dazu noch 33 1/3 Prozent Geschäftsunkosten, auf den Arbeitslohn also 5 Mk., so käme eine Gesamtsumme von 43.94 Mk., also rund 44 Mk. heraus. Wie steht es damit in Groß-Frankfurt?

Die Fortsetzung des Artikels „Wirtschaftsparlamente und Räteorganisation“ erscheint in nächster Nr.

Versammlungsanzeiger.

Unter dieser Rubrik werden sämtliche öffentliche und geschlossene Mitglieder-versammlungen der KPD, Wirtschaftsbezirk Frankfurt bekanntgemacht. Alle Versammlungsanzeigen müssen bis spätestens Mittwochabend in Händen des Gen. Kob. Sauer, Frankfurt a. M., Petterweilstr. 65 II sein.

Ortsgruppe Frankfurt a. M.

Gallusviertel. Dienstag den 27. Juli, abends 1/8 Uhr, bei Stahl Bw., Höchststraße 64, Distrikts-Mitgliederversammlung.

Nordend. Dienstag den 27. Juli, abends 1/8 Uhr im Restaur. Blum, Neuhoftstr. 36 (Ecke Glückstr.) Distrikts-Mitgliederversammlung.

Nördliches Bornheim. Donnerstag den 29. Juli, abends 1/8 Uhr im Restaurant „Zur Rose“, Bergerstr. 238, Distrikts-Mitgliederversammlung. (Der Distrikt Nördl. Bornheim umfaßt alle Mitglieder, die nördlich der Wiesen- und der Mainkurstraße wohnen.)

Ortsgruppe Hanau.

Laut Beschluß der Mitglieder-Versammlung vom 21. Juli finden regelmäßig Diskussionsabende statt und zwar Dienstags abends um 8 Uhr im Kolleg 8 des Gewerkschaftshauses.

Ortsgruppe Mainz.

Die Zusammenkünfte unserer Genossen finden regelmäßig jeden Samstag abend 7 1/2 Uhr in unserem Lokal statt. Die Genossen werden gebeten, alle pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Der Vorstand.

Ortsgruppe Karlsruhe i. B.

Jeden Mittwoch abend 1/8 Uhr in der „Karlsburg“, Akademiestr. (gegenüber Kaiser-Passage) Mitgl.-Versammlung.

Freie sozialistische Jugend Frankfurt.

Die Zusammenkünfte finden jeden Mittwoch und Samstag abends 1/8 Uhr im Reform-Restaurant „Freya“ in der Gr. Bockenheimerstr. 35 (1. Stock) statt.

Es ist Pflicht aller Genossinnen und Genossen, daß sie ihre Versammlungen pünktlich und vollzählig besuchen.

Mainz.

Der Schriftenvertrieb und Vertrieb der „Roten Fahne“ liegt in Händen des

Genossen Ludwig Limpert, Wallauerstr. 72.

Dortselbst werden auch Bestellungen auf Broschüren und Inserate entgegengenommen.

Verantwortlich für Redaktion und Verlag: Kurt Krüger, Frankfurt a. M.
Druck: Lorenz & Massoth, Kl.-Steinheim.